

Menschen könnten erniedrigt,
entmenschlicht oder wie
Objekte behandelt werden –
etwa durch Folter, Zwangsarbeit
oder Diskriminierung ohne
rechtlichen Schutz.

Menschenwürde

Der Staat könnte Menschen
willkürlich einsperren,
medizinische Eingriffe
erzwingen oder das Leben
Einzelner gefährden, ohne dass
sie sich wehren könnten.

Freiheitsrecht

Menschen könnten aufgrund von
Herkunft, Geschlecht, Religion oder
Behinderung benachteiligt werden
– z. B. bei der Jobsuche, im
Bildungssystem oder vor Gericht.

Gleichheit

Der Staat könnte Menschen
zwingen, einer bestimmten
Religion zu folgen oder ihre
Überzeugungen zu verleugnen.
Religionsausübung könnte
verboten werden.

Glaubensfreiheit

1

Kritik an der Regierung könnte strafbar sein, Medien könnten zensiert werden, und Kunschtschaffende dürften sich nicht mehr frei ausdrücken.

Der Staat könnte Familien auseinanderreißen, Elternrechte einschränken oder bestimmte Familienformen benachteiligen.

Meinungsfreiheit

Der Staat könnte einseitige oder ideologisch geprägte Bildung vorschreiben und Elternrechte bei der Erziehung ihrer Kinder ignorieren.

Demonstrationen könnten verboten oder gewaltsam aufgelöst werden – selbst, wenn sie friedlich sind. Protest wäre kaum noch möglich.

Gewerkschaften, Vereine oder politische Gruppen könnten verboten werden. Menschen dürften sich nicht mehr zusammenschließen, um ihre Interessen zu vertreten.

Der Staat könnte private Kommunikation überwachen, Briefe öffnen oder Telefongespräche abhören – ohne richterliche Kontrolle.

Menschen könnten daran gehindert werden, innerhalb Deutschlands umzuziehen oder bestimmte Orte zu verlassen oder zu betreten.

Der Staat könnte Menschen vorschreiben, welchen Beruf sie ausüben dürfen – oder sie zu bestimmten Arbeiten zwingen.

Behörden könnten Wohnungen
ohne richterliche Anordnung
durchsuchen oder Menschen
aus ihren Wohnungen
vertreiben.

Eigentum könnte willkürlich
enteignet oder zerstört werden
– ohne Entschädigung oder
rechtlichen Schutz.

Der Staat könnte Eigentum ohne
geregelter Verfahren in
Gemeineigentum überführen –
etwa ganze Unternehmen oder
Grundstücke.

Menschen könnten willkürlich
ausgebürgert oder an Staaten
ausgeliefert werden, in denen
ihnen Folter oder Todesstrafe
droht.



Freiheitsrechte



Gleichheit



Glaubensfreiheit



Meinungsfreiheit

Bürgerinnen und Bürger könnten sich nicht mehr mit Bitten oder Beschwerden an staatliche Stellen wenden – ihre Stimme würde ungehört bleiben.

Es gäbe keine Möglichkeit, Grundrechte bei Missbrauch (z. B. zur Bekämpfung der freiheitlichen Ordnung) gezielt einzuschränken – oder umgekehrt: Der Staat könnte Grundrechte willkürlich entziehen.

Der Staat könnte Grundrechte einschränken, ohne dies klar zu benennen oder rechtlich zu begründen – Bürgerrechte wären kaum noch einklagbar.



Menschenwürde



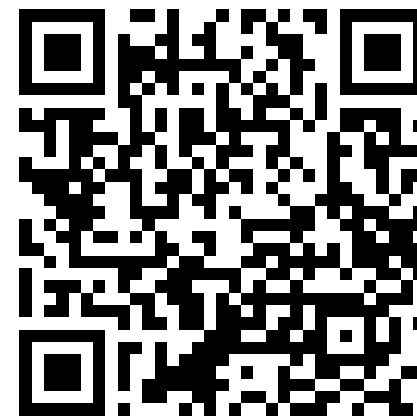
Alle anderen



Alle anderen



Alle anderen



Alle anderen



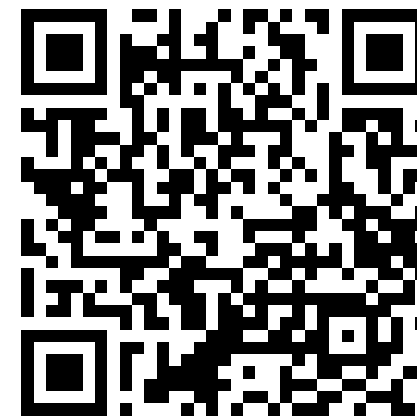
Alle anderen



Alle anderen



Alle anderen



Alle anderen



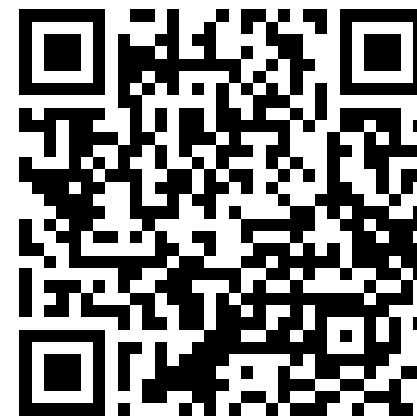
Alle anderen



Alle anderen



Alle anderen



Alle anderen



Alle anderen



Alle anderen

ART+NAME=PW

Schutz von Ehe und Familie

Recht auf Bildung

Versammlungsfreiheit

Vereinigungsfreiheit

Brief, Post und
Fernmeldegeheimnis

Unverletzlichkeit der Wohnung

Eigentumsgarantie

Vergesellschaftung

Staatsangehörigkeit, Asylrecht

Petitionsrecht

Berufsfreiheit

Freizügigkeit

Verwirkung der Grundrechte

**Einschränkung der
Grundrechte**